

Greenpeace fragt –
Spitzenpolitiker antworten

Wahlkompass Umweltpolitik

Niedersachsen

Stimmzettel

für die Wahl zum Niedersächsischen Landtag
am 20. Januar 2013



1

Klimawandel stoppen



2

konsequente Energiewende



3

Atommüllproblem lösen



4

**Nachhaltige Landwirtschaft
ohne Gentechnik**



5

Wälder und Meere schützen

GREENPEACE

- 3 Vorwort
- 4 Energiewende
- 9 Atommüll
- 13 Landwirtschaft
- 18 Meeresschutz
- 21 Waldschutz

Liebe Wählerinnen und Wähler,

Umweltschutz ist kein Nischenthema mehr. Mittlerweile betonen alle Parteien die Förderung von „Nachhaltigkeit“ in ihren Wahlprogrammen. Umso wichtiger ist es heutzutage, genauer hinzuschauen.

Mit dem „Greenpeace-Wahlkompass Niedersachsen“ haben wir den Spitzenkandidaten von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE und der Piratenpartei auf den Zahn gefühlt. Nur David McAllister (CDU) wollte sich als einziger Spitzenkandidat nicht mit den Aussagen seiner Partei zitieren lassen. Stattdessen hat uns CDU-Generalsekretär Ulf Thiele geantwortet.

15 Fragen aus den Bereichen Klimaschutz, Energie, Atommüll, Landwirtschaft sowie Meeres- und Waldschutz sollen Ihnen vor der Landtagswahl am 20.01.2013 einen kompakten Überblick über zentrale umweltpolitische Positionen der Parteien in Niedersachsen geben.

Freundliche Grüße
Ihre Greenpeace-Gruppe Hannover

Impressum Greenpeace Hannover, c/o Umweltzentrum Hannover, Hausmannstr. 9–10, 30159 Hannover, hannover@greenpeace.de, www.greenpeace-hannover.de

Vi.S.d.P. David Petersen **Redaktion** David Petersen, Henning Dick, Mario Nitschke, Sarah Mohrs, Ina Zerbin, Manuel Stratmann u. a. **Produktion** Christiane Bluhm **Fotos** S. 4: Paul Langrock / Zenit; S. 9: B. Hoff; S. 13: Martin Langer; S. 18: Wolf Wichmann; S. 21: Florian Werner, alle © Greenpeace **Portraitfotos:** CDU; SPD/Susie Knoll; FDP; Bündnis90/Die Grünen; DIE LINKE/Jan Langehein; Piratenpartei/Tobias M. Eckrich **Gestaltung** Klasse 3b **Druck** reset Grafische Medien GmbH, Virchowstraße 8, 22767 Hamburg **Stand** 01/2013

Zur Deckung unserer Herstellungskosten bitten wir um eine Spende:
GLS Bank, BLZ 430 609 67, KTO 33 401; BIC GENODEM1GLS, IBAN DE49 4306 0967 0000 0334 01

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

P.S.: Lust auf ehrenamtliches Engagement?
Schauen Sie doch mal vorbei: <http://gruppen.greenpeace.de>

Energiewende

100% Erneuerbare Energien bis 2050!

Um die nationalen Klimaschutzziele zu erreichen, müssen Energieeinsparung und Energieeffizienz sowie der Ausbau der Erneuerbaren Energien entschlossener angegangen werden. Den Vorrang der Erneuerbaren Energien gilt es landesplanerisch weiter zu stärken. Denn auch wirtschaftlich ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien ein Gewinn, da erhebliche Kosten für Brennstoffimporte (Kohle, Öl) eingespart werden.

Zudem muss insbesondere der Ausstieg aus der Kohlekraft beschleunigt werden. Der Neubau von Kohlekraftwerken ist unnötig und ein Bremsklotz der Energiewende. Wir brauchen stattdessen Investitionen in dezentrale, flexible Kraftwerke und Speichertechnologien, um Schwankungen aus Strom von Erneuerbaren Energien auszugleichen und die regionale Wertschöpfung zu stärken. Das Energiekonzept von Greenpeace zeigt einen möglichen Weg auf.

Um fossile Brennstoffe zu fördern, werden immer risikoreichere Technologien eingesetzt. Auch in Niedersachsen droht die Förderung einer Risikotechnologie: das Fracking. Bei diesem Verfahren wird mit hohem Druck und giftigen Stoffen Erdgas aus Gesteinen gepresst. Die Gefahren für eine Boden- und Grundwasserverschmutzung sind dabei extrem hoch und unkalkulierbar.

Zur notwendigen Verbrauchsreduktion im Verkehrssektor sind ehrgeizige Obergrenzen für den CO₂-Ausstoß erforderlich. Raumplanerisch sind Konzepte zu bevorzugen, die zu einer Verlagerung des Autoverkehrs hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln führen.

Greenpeace fordert:

- ▶ 100% Erneuerbare Energien bis 2050
- ▶ Kein Neubau von Kohlekraftwerken
- ▶ Verzicht auf Fracking und CO₂-Speicherung (CCS)
- ▶ CO₂-Grenzwert für PKW von 80g/km bis 2020

Energiewende Welchen Anteil an Erneuerbaren Energien bei Strom und Wärme streben Sie bis 2020 bzw. 2050 in Niedersachsen an?

CDU		Thiele Bis 2020 wollen wir rund 90% des Bruttostromverbrauchs und 25% der gesamten Energieproduktion im Land durch erneuerbare Energien decken und diesen Anteil in den folgenden Jahren konsequent erhöhen. Orientierung bietet das Energiekonzept der Landesregierung mit konkreten Zwischenschritten.	<input type="radio"/>
SPD		Weil Eine SPD-Landesregierung wird gemeinsam mit Kommunen, Energiewirtschaft und Fachverbänden eine Gesamtstrategie für die Energiewende in Niedersachsen erarbeiten, die verbindliche Ziele und konkrete Maßnahmen bis 2020 sowie eine Zielplanung bis ins Jahr 2050 enthält.	<input type="radio"/>
FDP		Birchner Niedersachsen ist im Bereich der erneuerbaren Energien deutschlandweit führend. Die FDP Niedersachsen will diese Energieträger auch weiterhin fördern, allerdings mit anderen Instrumenten als bisher und setzt sich daher für ein Mengenmodell statt der bisherigen EEG-Förderung ein.	<input type="radio"/>
B'90/Grüne		Piel Wir wollen einen vollständigen Umstieg unserer Energieerzeugung auf 100% Erneuerbare Energien, spätestens bis 2050. Das wird nur gelingen, wenn wir etwa die Hälfte unseres derzeitigen Energieverbrauchs einsparen.	<input type="radio"/>
Die Linke		Sohn Wir setzen auf eine vorwiegend dezentral ausgeglichene Energiewende, die bis 2020 bei Strom einen Erneuerbare-Energien-Anteil von 50% und bei Wärme von 25% plus anstrebt. Bis spätestens 2050 sollen alle fossilen Energieträger durch umweltfreundliche Alternativen ersetzt werden.	<input type="radio"/>
Piratenpartei		Ramaswamy Bei Strom wäre 2020 100% erneuerbarer Strom im heutigen Umfang möglich. Allerdings können wir bis dahin kaum die notwendigen Speichertechnologien umsetzen. Daher streben wir an, bis 2020 50% und bis 2050 einen Anteil von 100% erneuerbaren Energien zu erreichen.	<input type="radio"/>

Energiewende Setzen Sie sich dafür ein, dass es einen geordneten Ausstieg aus den großen Kohlekraftwerken bis 2030 gibt?

CDU		Thiele Wir lehnen ein festes Datum als wenig zielführend ab. Vielmehr sollte sich die weitere Nutzung der Kohlekraftwerke eng am tatsächlichen Ausbau der erneuerbaren Energien orientieren und dabei das Ziel einer versorgungssicheren, umweltgerechten und bezahlbaren Energieversorgung fest im Blick behalten.	<input type="radio"/>
SPD		Weil Der Atomausstieg ist nicht ohne Übergangsenergie machbar. Wer aber Klimaschutz ernst nimmt, muss dabei die Nutzung fossiler Brennstoffe wie Erdöl und Kohle radikal reduzieren. Die SPD steht zum Kohle-Ausstieg und wird als Energieträger für den Übergang auf hocheffiziente GuD-Gaskraftwerke setzen.	<input type="radio"/>
FDP		Birkner Für die FDP Niedersachsen gehört die Kohle nach dem Ausstieg aus der Kernenergie zu einem Energiemix aus erneuerbaren und konventionellen Energieträgern, der notwendig ist, um die Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit von Energie zu garantieren.	<input type="radio"/>
B'90/Grüne		Piel Kohlekraftwerke haben keine Zukunft. Den Neubau lehnen wir aus energie- und klimapolitischen Gründen ab. Alte Kohlekraftwerke werden durch den zunehmenden Ausbau der Erneuerbaren Energien überflüssig und unwirtschaftlich.	<input type="radio"/>
Die Linke		Sohn Kohlekraftwerke behindern die Energiewende nur. Sie sind teuer, ineffizient und tragen als Haupt-CO ₂ -Erzeuger in erheblichem Ausmaß zu den negativen Folgen des Klimawandels bei. Wir wollen keine neuen Kohlekraftwerke oder den Einstieg in die CCS-Technik, sondern fordern den schnellstmöglichen Ausstieg.	<input type="radio"/>
Piratenpartei		Ramaswamy Ja, aus ökologischer Sicht sind in der Übergangsphase nur moderne GuD-Gaskraftwerke als konventionelle Kraftwerke für die Stromerzeugung einzusetzen. Mit den richtigen politischen Rahmenbedingungen wäre ein Ausstieg aus der Kohlekraft auch vor dem Jahr 2030 möglich.	<input type="radio"/>

Energiewende Halten Sie das umstrittene Fracking in Niedersachsen für vertretbar?

CDU		Thiele Die CDU in Niedersachsen lehnt das Fracking in Trinkwasserschutzgebieten ab und fordert an anderen Standorten eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung. Mittelfristig müssen die Unternehmen ungiftige Frac-Flüssigkeiten entwickeln.	<input type="radio"/>
SPD		Weil Wir werden das Fracking in Trinkwasserschutzgebieten sowie unter Nutzung umweltgefährdender Chemikalien grundsätzlich ausschließen. Wenn Fracking zugelassen werden soll, muss zunächst ein klarer gesetzlicher Rahmen mit Umweltverträglichkeitsprüfungen und umfassenden Bürgerbeteiligungsprozessen verabschiedet werden.	<input type="radio"/>
FDP		Birkner Fracking ist ein wichtiger Teil des Energiemix, der zur Bewältigung der Energiewende notwendig ist. Wir halten diese Art der Energiegewinnung mit Einschränkungen für vertretbar. Gefahren für Mensch und Natur müssen dabei vermieden werden.	<input type="radio"/>
B'90/Grüne		Piel Die vorliegenden Gutachten bestätigen: Die Risiken sind zu hoch, es fehlen grundlegende Kenntnisse der Auswirkungen des Fracking auf den tiefen Untergrund und der Schutz des Grundwassers ist nicht gesichert. Aus energiepolitischen Gründen lehnen wir den Einstieg in die Förderung von unkonventionellem Erdgas ab.	<input type="radio"/>
Die Linke		Sohn Die mit dem Fracking drohende Vergiftung des Grund-/Trinkwassers ist nicht zu verantworten. In mehreren Regionen Niedersachsens ist es bereits zu Schäden gekommen. Kurzfristig fordern wir: Keine weitere Genehmigung von Fracking-Projekten und zwar überall. Das Ziel bleibt ein generelles Frackingverbot.	<input type="radio"/>
Piratenpartei		Ramaswamy Bis ein abschließendes Verbot durchgesetzt wird und andere Verfahren zur unkonventionellen Gasgewinnung, Erforschung und Erschließung eingeführt werden, wollen wir kurzfristig sicherstellen, dass eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung für jede Betriebsstelle vor der ersten Bohrung verpflichtend wird.	<input type="radio"/>

Energiewende Unterstützen Sie einen für den Klimaschutz notwendigen CO₂-Grenzwert für PKW von 80g/km bis 2020 und welchen Grenzwert erachten Sie als notwendig für 2025?

		<p>Thiele Die CDU unterstützt mehr Klimaschutz in der Automobilproduktion und freut sich über die 130 Mio. Euro, die im Wettbewerb „Schaufenster Elektromobilität“ zur Verfügung stehen. Ein Durchbruch in der Elektromobilität ermöglicht eine Übererfüllung diskutierter Grenzwerte zum Wohle des Klimaschutzes.</p>
		<p>Weil Die Zielvorgaben ab 2020 sind in den bestehenden Rechtsvorschriften vorgesehen, aber noch nicht verbindlich umgesetzt. Die SPD wird sich grundsätzlich für eine weitere Absenkung einsetzen und dafür sorgen, dass keine Schiefelage zwischen leichten und schweren Fahrzeugen entsteht.</p>
		<p>Birkner Entscheidend für den Klimaschutz sind die tatsächlichen, nicht die möglichen Emissionen eines PKW. Dabei spielt nicht nur der Ausstoß pro Kilometer, sondern auch die Fahrleistung eine wichtige Rolle. Das bessere Steuerungsinstrument für den Klimaschutz ist daher die Einbeziehung des Straßenverkehrs in den Emissionshandel.</p>
		<p>Piel Wir unterstützen den CO₂-Grenzwert für PKW von 80g/km bis 2020 und fordern 50g/km ab 2030. Weitere notwendige Klimaschutzmaßnahmen sind die Umsetzung einer CO₂-basierten Kfz-Steuer, die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs, die Ausweitung der LKW-Maut und ein Tempolimit 120 km/h auf Autobahnen.</p>
		<p>Sohn Wir unterstützen die Forderungen des Verkehrsclub Deutschland nach einem CO₂-Grenzwert von 80g/km bis 2020 und erachtet bis 2025 eine weitere Reduktion auf 60g/km für notwendig. Die Senkung der Grenzwerte für PKW ist eine effektive Klimaschutzmaßnahme im Straßenverkehr.</p>
		<p>Ramaswamy Für einen erfolgreichen Klimaschutz ist neben den Grenzwerten insbesondere der gesamte verkehrsbedingte CO₂-Ausstoß zu betrachten. Dieser muss drastisch reduziert werden. Dazu gehört auch der Wechsel der Antriebsenergie hin zu erneuerbaren Energien, möglichst ohne CO₂-Ausstoß.</p>

Atommüll

Entsorgung ungelöst!

Allein in Deutschland fallen jährlich 450 Tonnen gefährlicher Atommüll an. Weltweit gibt es aber kein einziges Endlager für den hochradioaktiven Atommüll.

Bereits in den sechziger Jahren wurden in Niedersachsen radioaktive Abfälle in das Salzbergwerk Asse II gekippt. Doch nur wenige Jahrzehnte später dringt Wasser in das als sicher bewertete Endlager ein, wodurch langfristig Radioaktivität ins Grundwasser gelangen könnte – eine deutliche Warnung für die Nichteignung von Salzstöcken als Endlager!

In den siebziger Jahren wurde der Salzstock Gorleben ohne eine einzige unterirdische Untersuchung als Endlager bestimmt. Die Entscheidung war nicht wissenschaftlich, sondern in erster Linie politisch motiviert.

Die Entsorgung und eine möglicherweise erforderliche Rückholung von Atommüll ist schwierig und sehr kostenintensiv. Die Atomkonzerne müssen finanziell für die Lagerung ihres radioaktiven Abfalls aufkommen. Doch im Fall der Asse werden beispielsweise alle Kosten auf den Steuerzahler abgewälzt.

Greenpeace fordert:

- ▶ Stopp der Atommüllproduktion: Atomausstieg zügig umsetzen
- ▶ eine bundesweite vergleichende und ergebnisoffene Endlagersuche unter Ausschluss von Gorleben
- ▶ Keine weiteren Castor-Transporte in das Zwischenlager Gorleben

Atom Müll Setzen Sie sich dafür ein, dass in niedersächsischen Atomkraftwerken bis zur Abschaltung keine plutoniumhaltigen MOX-Brennelemente mehr eingesetzt werden?

CDU		<p>Thiele Wir setzen auf den sicheren Betrieb der Kraftwerke Grohnde und Emsland bis zu deren Abschaltung in den Jahren 2017 und 2022 und werden gemeinsam die notwendigen Verbesserungen auf Basis der Empfehlungen der Reaktorsicherheitskommission vorantreiben.</p> <input type="radio"/>
SPD		<p>Weil Nein.</p> <input type="radio"/>
FDP		<p>Birkner Wir sehen hierfür keine Veranlassung.</p> <input type="radio"/>
B'90/Grüne		<p>Piel Wir lehnen den Einsatz von MOX-Brennelementen wegen der damit verbundenen zusätzlichen Gefahren bei Transport, Reaktorbetrieb, schweren Unfällen und Endlagerung ab. Die Genehmigungen müssen zurückgenommen oder der Einsatz gesetzlich verboten werden.</p> <input type="radio"/>
Die Linke		<p>Sohn Wir fordern den Einsatz von MOX-Brennelementen unverzüglich zu verbieten. MOX-Brennelemente müssen im Gegenteil endlagerfähig aufbereitet und sicher zwischengelagert werden. Niedersächsische Häfen sind darüber hinaus für den Transport von Atombrennstäben und Atom Müll zu sperren.</p> <input type="radio"/>
Piratenpartei		<p>Ramaswamy Ja, Mitglieder der Piratenpartei Niedersachsen haben sich in der Vergangenheit aktiv an den Protesten gegen die Transporte der MOX-Brennelemente in das AKW Grohnde beteiligt. Wir fordern den sofortigen Stopp der Produktion neuen Atom Mülls, solange die Entsorgungsfrage nicht geklärt ist.</p> <input type="radio"/>

Atom Müll Setzen Sie sich für den endgültigen Ausschluss des offensichtlich geologisch ungeeigneten Standortes Gorleben als Endlager für hochradioaktiven Atom Müll und für einen Stopp weiterer Atomtransporte in das Zwischenlager Gorleben ein?

CDU		<p>Thiele Die CDU steht für eine ergebnisoffene Endlager-suche auf wissenschaftlicher Basis. Die Rückholbarkeit ist besonders zu beachten. Wenn wir dieses Kriterium als maßgeblich durchsetzen können, wäre Gorleben ungeeignet.</p> <input type="radio"/>
SPD		<p>Weil Wir setzen auf eine ergebnisoffene und bundesweite Suche. Geologische Gründe sprechen aber schon heute eindeutig für eine Schließung des Standortes. Wir fordern daher einen sofortigen Bau- und Erkundungsstopp und den Ausschluss Gorlebens. Wir setzen uns aktiv für Alternativen in Bezug auf weitere Atomtransporte ein.</p> <input type="radio"/>
FDP		<p>Birkner Der Standort Gorleben sollte ohne jede Vorfestlegung genauso behandelt werden, wie alle anderen möglichen Standorte auch. Der Atom Müll sollte unserer Meinung nach zukünftig in den Ländern zwischengelagert werden, in denen er produziert wurde.</p> <input type="radio"/>
B'90/Grüne		<p>Piel Gorleben ist geologisch ungeeignet und politisch verbrannt. Wir sind davon überzeugt, dass dieser willkürlich ausgewählte Salzstock den wissenschaftlichen Anforderungen einer neuen Endlagersuche nicht standhält. Weitere Transporte in das Castorlager Gorleben und weitere Vorfestlegungen lehnen wir ab.</p> <input type="radio"/>
Die Linke		<p>Sohn Seit vielen Jahren erklärt DIE LINKE, dass der Salzstock Gorleben wegen geologischer Mängel nicht zur Endlagerung geeignet ist und endgültig ausgeschlossen werden muss. Jeder zusätzliche Castortransport erhöht die Sachzwänge, Gorleben als Endlager zu nutzen und muss daher gestoppt werden.</p> <input type="radio"/>
Piratenpartei		<p>Ramaswamy Ja, wir halten den Salzstock Gorleben für nicht geeignet und politisch als „Endlager“ für nicht genehmigungsfähig. Deshalb lehnen wir eine weitere Erkundung des Salzstockes in Gorleben ab und setzen uns für eine bundesweite Suche nach geeigneten Lagerstätten ein.</p> <input type="radio"/>

Atom Müll Setzen Sie sich dafür ein, dass der derzeit eingelagerte Atom Müll im maroden Atom Müllstandort Asse schnellstmöglich zurückgeholt wird?

CDU		<p>Thiele Die CDU in Niedersachsen fordert, konsequent und so schnell wie möglich ein Rückholungskonzept für die 126.000 Fässer mit strahlendem Müll in der Asse mit konkreter Zeitplanung vorzulegen. Zur Beschleunigung des Verfahrens erwarten wir eine sondergesetzliche Regelung innerhalb des Atomrechts.</p>	<input type="radio"/>
SPD		<p>Weil Ohne Wenn und Aber: Ja.</p>	<input type="radio"/>
FDP		<p>Birkner Die Asse-Abfälle sollten schnellstmöglich rückgeholt werden. Notfallmaßnahmen und Rückholung müssen zeitgleich vorangetrieben werden. Allerdings muss bei der Rückholung sichergestellt sein, dass die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung sowie der Mitarbeiter nicht gefährdet ist.</p>	<input type="radio"/>
B'90/Grüne		<p>Piel Alle Möglichkeiten zur Beschleunigung der Rückholung des Asse Mülls müssen genutzt werden. Die Behinderung der Rückholung durch die niedersächsische Landesregierung muss beendet werden, Umweltministerium und LBEG müssen eng mit dem BFS kooperieren.</p>	<input type="radio"/>
Die Linke		<p>Sohn Es gibt, auch im Interesse der Bevölkerung im Raum Wolfenbüttel, zum schnellstmöglichen Herausholen der Atomfässer aus der Asse keine Alternative. Die „Lex Asse“ allerdings erweist sich gerade als „Rückholungsabwicklungsgesetz“ mit zu vielen unklaren und willkürlich einsetzbaren Abbruchkriterien.</p>	<input type="radio"/>
Piratenpartei		<p>Ramaswamy Die Rückholung muss unbedingt beschleunigt werden. Die Verzögerungsstrategie, die hier von der Landesregierung wie auch von der Bundesregierung verfolgt wird, ist skandalös! Die Regierungen scheuen sich offensichtlich vor der Aufarbeitung des Desasters in Asse und Gorleben.</p>	<input type="radio"/>

Landwirtschaft

Für Bauernhöfe statt Agrarfabriken!

Niedersachsen präsentiert sich gerne als Agrarland Nr.1, doch in der Vergangenheit hat die Landesregierung vor allem Intensivlandwirtschaft und die Subventionierung von Massentierhaltung forciert. Die andere Wahrheit ist daher: Niedersachsen ist ein Schlusslicht in Nachhaltigkeit. Die ökologisch bewirtschaftete Fläche in Niedersachsen liegt mit 2,8% deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (6,1%) – trotz gesteigener Nachfrage nach Bio-Produkten.

Ein anderes akutes Problem ist die „Vermaischung“ der Landwirtschaft, die zunehmende Flächenkonkurrenz zum Nahrungsmittelanbau und ein ungebrochener Rückgang der Artenvielfalt.

Gentechnik in der Landwirtschaft spielt derzeit in Niedersachsen so gut wie keine Rolle, dennoch versucht die derzeitige Landesregierung, die Gentechnik auf Acker und Teller zu bringen – gegen den Willen der Bevölkerung, die mit deutlicher Mehrheit gentechnisch veränderte Lebensmittel ablehnt.

Mit dem Schul-Modellprojekt HannoverGEN versucht die derzeitige Landesregierung, einseitige Akzeptanzbeschaffung an Schulen zu betreiben und die Agro-Gentechnik hoffähig zu machen. Nach einer internen Projektskizze ist möglicherweise eine Ausweitung auf 50 Schulen in Niedersachsen geplant – mit veranschlagten Kosten von über 13 Millionen Euro.

Agro-Gentechnik ist nicht die Lösung, sondern Teil des Problems der industriellen Landwirtschaft! Sie verstärkt die ökonomischen Zwänge und Abhängigkeiten der Landwirte und birgt zudem viele Nebenwirkungen und Risiken. Greenpeace lehnt daher den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ab und setzt sich für eine gentechnikfreie Fütterung ein.

Greenpeace fordert:

- ▶ den Ausbau einer ökologischen und bäuerlich strukturierten Landwirtschaft statt Intensivlandwirtschaft und Massentierhaltung
- ▶ den Stopp des Anbaus von Lebensmittelpflanzen für die Biomasseproduktion
- ▶ einen Stopp der Förderung der Agro-Gentechnik

Landwirtschaft Welche Maßnahmen planen Sie, um die ökologische Landwirtschaft zu stärken und die Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft insgesamt zu erhöhen?

CDU		Thiele Die CDU in Niedersachsen setzt sich im Agrarland Nr.1 für ein Miteinander von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft ein. Die verlässliche Förderung des Ökolandbaus führen wir fort. Wir wollen Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit stärken und die Landwirtschaft als Ganzes weiterentwickeln.	<input type="radio"/>
SPD		Weil Wir werden die Agrarförderung in der neuen EU-Förderperiode neu ausrichten und an umwelt- und gesellschaftspolitische Zielsetzungen anpassen. Ein Förderschwerpunkt werden regionale Vermarktungsstrategien sowie der Ökolandbau sein. Zudem wird die Agrarforschung im Bereich des Ökolandbaus ausgeweitet.	<input type="radio"/>
FDP		Birkner Unserer Meinung nach sollte die Politik keinen Unterschied zwischen den unterschiedlichen Formen der Landwirtschaft machen. Für alle Landwirte sollten die gleichen klaren und verlässlichen Rahmenbedingungen gelten. Welche Produkte sich am Ende durchsetzen, entscheidet der Kunde.	<input type="radio"/>
B'90/Grüne		Piel Wir wollen die Förderung des ökologischen Landbaus mindestens auf das Niveau Nordrhein-Westfalens anheben. Etwa in der Umstellungsphase von 262 € auf 400 € pro Hektar. Darüber hinaus werden wir die Mittel zur Förderung des ländlichen Raumes deutlich zu Gunsten der Agrarumweltprogramme umschichten.	<input type="radio"/>
Die Linke		Sohn Wir wollen den Umbau zur ökologischen und regionalen Landwirtschaft verstärken, indem wir Transferzahlungen und Agrarkreditprogramme an soziale und ökologische Kriterien koppeln, Flächenprämien für den Ökolandbau deutlich erhöhen und gezielt die Artenvielfalt und innerbetriebliche Kreisläufe fördern.	<input type="radio"/>
Piratenpartei		Ramaswamy Wir wollen eine leistungsfähige, regional angepasste Landwirtschaft, an der auch Kleinbetriebe gleichberechtigt teilnehmen können und die unter den Voraussetzungen von nachhaltigem Wirtschaften und ökologischem Verbraucherbewusstsein wettbewerbsfähig ist. Dies erfordert den Einbezug aller Beteiligten.	<input type="radio"/>

Landwirtschaft Welche Maßnahmen planen Sie gegen die zunehmende „Vermassung“ der Landschaft und die resultierende Flächenkonkurrenz zum Nahrungsmittelanbau?

CDU		Thiele Der Anbau von Energiepflanzen sollte unserer Ansicht nach in vielfältigen Fruchtfolgen ablaufen. Auch die Anlage von Blühstreifen kann die Biodiversität erhöhen. Der verstärkte Einsatz von landwirtschaftlichen Nebenprodukten, wie Gülle oder Festmist, kann den Anbau von Energiepflanzen reduzieren.	<input type="radio"/>
SPD		Weil Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Regelungen zum Schutz von Wasser und Boden verbessert werden – z. B. durch eine Novelisierung des § 35 Baugesetzbuch. Die neue Förderperiode von 2013-2017 muss Schwerpunkte setzen, die eine zunehmende „Vermassung“ verhindern. Das EEG gilt es unter diesem Aspekt weiterzuentwickeln.	<input type="radio"/>
FDP		Birkner Wir sehen ebenfalls das Problem der „Vermassung“. Daher haben wir bereits 2010 eine Bundesratsinitiative gestartet, in der die Förderung von Biogasanlagen verändert werden soll, hin zu einer Verwertung von Gülle, Nebenprodukten und Bioabfällen, um so den Anbau von Monokulturen unattraktiver zu machen.	<input type="radio"/>
B'90/Grüne		Piel Wir wollen den NaWaRo-Bonus im EEG abschaffen und durch einen gestaffelten Ökobonus ersetzen. Wir wollen darüber hinaus das geltende Recht, z.B. eine ausgeglichene Humusbilanz, endlich durchsetzen. Damit ist mehrjähriger Maisanbau für Biogas auf der gleichen Fläche nicht mehr möglich.	<input type="radio"/>
Die Linke		Sohn Die EEG-Förderrichtlinien müssen so gestaltet werden, dass sie die flächenangepasste Nutzung einheimischer und ökologisch verträglicher Energiepflanzen-Gemische begünstigen und den Energie-Mais benachteiligen. Zudem fordern wir einen klaren Vorrang von Abfallstoffen als Einsatzstoffe in Biogasanlagen.	<input type="radio"/>
Piratenpartei		Ramaswamy Maismonokulturen sollen durch den ökologischeren und ressourcensparenderen Biomasseanbau, z. B. von Wildpflanzen als Energielieferanten, zur Biogaserzeugung ersetzt werden.	<input type="radio"/>

Landwirtschaft Wie stehen Sie zu dem Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft?

CDU		<p>Thiele Der Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft ist auf dem Weltmarkt Realität. Deshalb müssen die Verbraucher genveränderte Lebensmittel klar erkennen können, um sich auch bewusst gegen den Kauf solcher Lebensmittel entscheiden zu können.</p>	<input type="radio"/>
SPD		<p>Weil Die Landwirtschaft hat große Verantwortung beim Schutz von Wasser, Boden und Luft. Auch die Pflege und Entwicklung der einmaligen Kulturlandschaften in Niedersachsen, der Erhalt der Artenvielfalt und Nulltoleranz gegenüber der Gentechnik gehören zu einer nachhaltigen Produktion.</p>	<input type="radio"/>
FDP		<p>Birkner Wir erkennen die Risiken der grünen Gentechnik, sehen aber auch deren Chancen. Daher setzen wir uns für einen ideologiefreien und ergebnisoffenen Diskurs ein. Kritisch sehen wir die momentane Praxis, bei Verdacht einer Verunreinigung ganze Felder zu zerstören, was wirtschaftlich wie moralisch unververtretbar ist.</p>	<input type="radio"/>
B'90/Grüne		<p>Piel Wir wollen Niedersachsen zu einer gentechnikfreien Region machen. Darüber hinaus setzen wir uns für die Kennzeichnung tierischer Produkte ein, wenn diese unter Einsatz von genmanipulierten Pflanzen – etwa importiertem Soja – erzeugt wurden.</p>	<input type="radio"/>
Die Linke		<p>Sohn Die Agrogentechnik stellt eine Gefahr für VerbraucherInnen dar und zerstört die Grundlagen der Lebensmittelproduktion auf Dauer. Daher muss Niedersachsen der Charta gentechnikfreier Regionen beitreten und sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass keine neuen GV-Pflanzen zum Anbau zugelassen werden.</p>	<input type="radio"/>
Piratenpartei		<p>Ramaswamy Wir setzen uns dafür ein, dass ganz Niedersachsen eine „gentechnikfreie Region“ wird und die Freisetzung und der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen nicht gestattet ist. Niemand müsste hungern, wenn Ressourcen, Wissen und die Möglichkeiten, Lebensmittel zu erzeugen, gerecht verteilt würden.</p>	<input type="radio"/>

Landwirtschaft Wie bewerten Sie das umstrittene Schul-Modellprojekt HannoverGEN? Werden Sie eine Ausweitung auf Niedersachsen befürworten oder ablehnen?

CDU		<p>Thiele Ziel des Projektes ist es, die Kenntnisse von Schülern über die Grüne Gentechnik und deren Gefahren zu erweitern. Eine gute Schulausbildung ist Grundlage, um sich später als mündiger Verbraucher überhaupt gegen gentechnisch veränderte Lebensmittel entscheiden zu können.</p>	<input type="radio"/>
SPD		<p>Weil Dem Projekt HannoverGEN steht die SPD ausgesprochen kritisch gegenüber, da die Form der Aufarbeitung des Themas nicht geeignet für eine Meinungsbildung ist. Eine Ausweitung auf Niedersachsen lehnt die SPD ab.</p>	<input type="radio"/>
FDP		<p>Birkner Wir möchten uns zunächst die Ergebnisse des vergangenen Projektzeitraums ansehen, bevor wir uns entscheiden, ob wir für oder gegen eine Verlängerung oder Ausweitung des Projekts sind.</p>	<input type="radio"/>
B'90/Grüne		<p>Piel Das Schulprojekt HannoverGEN, das mit dem eindeutigen Ziel ins Leben gerufen wurde, Akzeptanz für die sogenannte „Grüne Gentechnik“ zu schaffen, lehnen wir ab. Selbstverständlich auch dessen landesweite Ausweitung.</p>	<input type="radio"/>
Die Linke		<p>Sohn Die Landesregierung betreibt mit ihrem Modellprojekt steuerfinanzierte Akzeptanzwerbung für die Agrogentechnik. DIE LINKE lehnt alle Versuche, diese an Schulen salonfähig zu machen, ab. Daher muss „HannoverGEN“ unverzüglich beendet werden und darf auch nicht als landesweites Projekt weitergeführt werden.</p>	<input type="radio"/>
Piratenpartei		<p>Ramaswamy Wir lehnen das Schul-Modellprojekt HannoverGEN ab, da wir uns für eine gentechnikfreie Region einsetzen, die Verharmlosung der Grünen Gentechnologie ablehnen und es nicht zu einer (in-)direkten finanziellen Einflussnahme von staatlichen oder privaten Lobbyisten auf den Lehrinhalt an Schulen kommen darf.</p>	<input type="radio"/>

Meeresschutz

Überfischung stoppen!

Einzigartig ist die Artenvielfalt des Wattenmeers an Niedersachsens Nordseeküste. Um sie zu bewahren, sind Schutzgebiete eingerichtet worden. Doch in den ausgewiesenen Gebieten wird weiterhin mit zerstörerischen Grundschleppnetzen gefischt, die auch bei der Krabbenfischerei verwendet werden. Bis zu 80% der gefangenen Meerestiere landen unbeabsichtigt, als sogenannter Beifang, in den Netzen. Tot oder schwer verletzt werden sie wieder zurück ins Meer geworfen.

Um selektivere Fangmethoden zu erwirken, ist eine Reform der gemeinsamen EU-Fischereipolitik geplant. Künftig soll der Rückwurf verboten werden. Die Fischer müssen ihren gesamten Fang anlanden (Anlandegebot), so dass auch der Beifang auf ihre Fangquote angerechnet werden kann. Allerdings soll die Krabbenfischerei von dieser Neuregelung ausgenommen werden.

Auch der Sand- und Kiesabbau, sowie die Öl- und Gasförderung gefährden durch verschmutztes Produktionswasser und Bohrschlämme Seevögel und Meerestiere im niedersächsischen Wattenmeer. Der Schutz dieser Gebiete besteht somit nur auf dem Papier.


Greenpeace fordert:


- ▶ ein Verbot von zerstörerischer (Grundschleppnetz-) Fischerei, Sand- und Kiesabbau, Öl- und Gasförderung in ausgewiesenen Schutzgebieten
- ▶ Anlandegebot bzw. Rückwurfsverbot konsequent durchsetzen, und zwar ohne Ausnahme für die Krabbenfischerei


Meeresschutz Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Schutzgebieten der Nordsee die Fischerei, Kiesabbau u. ä. verboten werden?


 CDU		Thiele Das Wattenmeer ist einzigartig. Es ist deshalb zu Recht als Weltnaturerbe anerkannt und verdient höchsten Schutz. Sämtliche Nutzungen haben sich daran zu orientieren. Das gilt besonders für den Rohstoffabbau. Auch für die Küstenfischer setzen wir daher auf einen Ausgleich der Interessen.	<input type="radio"/>
 SPD		Weil Die Zusammenarbeit unter den Anrainern des Wattenmeers ist eine Erfolgsgeschichte, die wir fortschreiben wollen. Wir werden allen aus der Umweltgesetzgebung erwachsenen Pflichten für die niedersächsischen Küstengewässer nachkommen und den Bund bei der Erreichung der Schutzziele für Natura-2000-Gebiete in der AWZ unterstützen.	<input type="radio"/>
 FDP		Birkner Die Ausweisung von Schutzgebieten an der deutschen Nordseeküste nimmt bereits heute einen großen und küstennahen Bereich ein. Wir halten eine punktuelle oder kleinflächige und zeitlich begrenzte Nutzung auf dieser Basis für möglich. Nutzungen in Schutzgebieten dürfen dem Schutzzweck dauerhaft nicht entgegenstehen.	<input type="radio"/>
 B'90/Grüne		Piel Es muss nutzungsfreie Schutzgebiete in der Nordsee geben. Die bestehenden Regelungen im niedersächsischen Watten- und Küstenmeer zu Fischerei, Miesmuschelmanagement und Nutzungen müssen überprüft und in Kooperation mit Trilateraler Wattenmeerkonferenz und Verbänden neu gefasst werden. Wir brauchen eine nds. Meeresschutzpolitik.	<input type="radio"/>
 Die Linke		Sohn Um eine ökologisch nachhaltige und sozial verträgliche Ressourcennutzung sicherzustellen, braucht die Nordsee echte Schutzgebiete, in denen zerstörerische Fischerei-Techniken wie Schleppnetze sowie der Einsatz von Saugbaggern zum Sand- und Kiesabbau verboten sind. Dafür werden wir uns auf EU-Ebene stark machen.	<input type="radio"/>
 Piratenpartei		Ramaswamy Weitestgehend ja. Sämtliche Maßnahmen, die dem Schutzcharakter widersprechen, lehnen wir ab. Dies schließt die gewerbliche Nutzung von Schutzgebieten (unter Auflagen) nicht grundsätzlich aus, es muss jedoch deren Umweltverträglichkeit streng geprüft und kontrolliert werden.	<input type="radio"/>


Meeresschutz Wie beurteilen Sie die geplanten Beifang-Ausnahmen für die Krabbenfischerei in Bezug auf das Rückwurfsverbot und Anlandegebot?


CDU  **Thiele** Die CDU setzt sich für die Einführung eines europaweit abgestimmten Rückwurfsverbotes für Beifang oder untermäßigen Fang mit differenzierten Regelungen für die Küstenfischerei ein, um die Beifangmengen soweit wie möglich zu reduzieren. Ausnahmen müssen dabei bedarfsgerecht ausgestaltet werden.

SPD  **Weil** Die Krabbenfischer bilden einen wichtigen Bestandteil der niedersächsischen Küstenregion. Wir unterstützen die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik aktiv und setzen uns für eine nachhaltige Fischerei ein. Wir unterstützen den von Rat und Parlament vorgeschlagenen fischereispezifischen Ansatz für Rückwurfsverbote.

FDP  **Birkner** Die FDP Niedersachsen unterstützt die Forderungen nach einem Rückwurfsverbot und einem Anlandegebot ausdrücklich. Die meisten Fische, die zurückgeworfen werden, überleben nicht. Wir setzen uns stattdessen für eine nachhaltige Fischerei ein.

B'90/Grüne  **Piel** Wir fordern, dass der Rückwurf toter Meerestiere generell untersagt und gleichzeitig die Entwicklung besserer selektiver Fangmethoden gefördert wird. Die Gelder des europäischen Fischereifonds müssen ausschließlich für die Entwicklung und Umsetzung einer nachhaltigen Küsten- und Hochseefischerei eingesetzt werden.

Die Linke  **Sohn** Rückwurfsver- und Anlandegebot dürfen durch die Initiative norddt. Fischereiminister nicht hintertrieben werden. Die Krabbenfischerei ist äußerst beifangreich, wobei über 75% den Rückwurf ins Meer nicht überleben. Daher muss der Beifang dauerhaft reduziert und der restliche Beifang angelandet werden.

Piratenpartei  **Ramaswamy** Wir bekennen uns zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung. Prinzipiell müssen Lösungen gefunden werden, Beifang weitestgehend zu minimieren – z. B. durch bodenschonendere Fangmethoden. Ein Anlandegebot sehen wir kritisch, da eine Überprüfung schwer zu leisten ist.

Waldschutz

Nachhaltige & transparente Waldbewirtschaftung umsetzen!

Deutschlands alte Buchenwälder sind von der UNESCO als Weltnaturerbe ausgezeichnet worden. Die Nationale Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung sieht vor, zehn Prozent der öffentlichen Waldflächen bis 2020 zu schützen. Auch in Niedersachsen hat Greenpeace wertvolle, alte Baumbestände ermittelt – z. B. im Harz und Solling.

Doch leider verweigern die Niedersächsischen Landesforsten bis heute eine vollständige Auskunft zur Situation der Baumbestände. Dabei interessieren sich Niedersachsens Bürgerinnen und Bürger durchaus für ihre Wälder: Laut einer repräsentativen Forsa-Umfrage fordert eine deutliche Mehrheit der Befragten, dass die Landesregierung mehr für den Waldschutz in Niedersachsen tun soll.

Greenpeace fordert:

- ▶ ein Einschlags-Moratorium für alle öffentlichen Buchenbestände, die älter als 140 Jahre sind
- ▶ Zehn Prozent der öffentlichen Wälder aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen
- ▶ Transparenz gegenüber Bürgern und eine offene Kommunikation

Waldschutz Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um 10% der öffentlichen Wälder unter Schutz zu stellen und damit dauerhaft aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen?

CDU		<p>Thiele Die Bedeutung niedersächsischer Wälder für den Arten-, Biotop-, Wasser-, Boden und Klimaschutz wird in den nächsten Jahren weiter wachsen. Wir werden gemeinsam mit den Waldbesitzern geeignete Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung voranbringen. Naturschutz mit den Menschen hat sich stets bewährt.</p>
SPD		<p>Weil Eine SPD geführte Landesregierung wird in ihrem Sofortprogramm mit einer Bestandsaufnahme von Natur und Landschaft beginnen und ein Klimaschutz- und Landschaftsprogramm für Niedersachsen erarbeiten – eine zentrale Rolle haben dabei Wälder und Moore. An das LÖWE-Programm soll unmittelbar angeknüpft werden.</p>
FDP		<p>Birkner Wir sehen diese Notwendigkeit nicht.</p>
B'90/Grüne		<p>Piel Wir verfolgen das eindeutige Ziel, 10% der Waldfläche des Landes dauerhaft aus der forstwirtschaftlichen Nutzung herauszunehmen. Diese Flächen wollen wir unter Schutz stellen. Beispielsweise wollen wir den Nationalpark Harz um Buchenwaldkomplexe erweitern.</p>
Die Linke		<p>Sohn Um die Biodiversitätsstrategie konsequent umzusetzen, fordert DIE LINKE ein landesweites Schutzkonzept. Für öffentliche Forstbetriebe, die die 10% noch nicht dauerhaft aus der Nutzung genommen haben, soll ein sofortiger Einschlagstopp in ihren über 140 Jahre alten Laubwäldern verhängt werden.</p>
Piratenpartei		<p>Ramaswamy Wie setzen uns für eine nachhaltige Nutzung der Wälder ein. Gegebenenfalls sind entsprechende Schutzgebiete auszuweisen, in denen eine forstwirtschaftliche Nutzung untersagt ist. Welche Gebiete dies im Einzelnen sind, muss mit den Fachleuten aus den Umweltverbänden abgeklärt werden.</p>

Waldschutz Wie werden Sie die Transparenz bei der Waldbewirtschaftung und -planung der Niedersächsischen Landesforsten verbessern?

CDU		<p>Thiele Wir stehen zur erfolgreichen und transparenten Arbeit unserer Landesforsten und zu dem LÖWE-Programm. Ein Drittel der NLF Flächen sind in die NATURA-2000-Kulisse der EU eingebunden. Managementpläne sind geeigneter als starre Quoten für die weitere ökologische Aufwertung niedersächsischer Wälder.</p>
SPD		<p>Weil Die SPD wird eine zeitgerechte Informations- und Kommunikationskultur einführen. Transparenz, Bürgernähe und Partizipation stehen im Mittelpunkt des Regierungshandelns. Dies wird auch die Arbeit der Nds. Landesforsten betreffen, um Irritationen in der Bevölkerung bei den forstlichen Tätigkeiten im Wald zu vermeiden.</p>
FDP		<p>Birkner Wir sehen keine Notwendigkeit, weitere Maßnahmen zu mehr Transparenz zu ergreifen.</p>
B'90/Grüne		<p>Piel Die niedersächsischen Landeswälder sind Eigentum der Bürgerinnen und Bürger des Landes. Die Forstverwaltung ist daher zu größtmöglicher Transparenz verpflichtet. Deshalb werden wir die Waldbewirtschaftung transparent machen und Umweltverbänden rechtzeitig die Möglichkeit geben, dazu Stellung zu nehmen.</p>
Die Linke		<p>Sohn Die Nds. Staatsforsten müssen verpflichtet werden, regelmäßig alle Daten über den Zustand, die Nutzung und die Ausweisung von Schutzgebieten in Landeswäldern zu veröffentlichen. Über Einzelbestandsdaten alter Laubwälder soll informiert und BürgerInnen an der Bewirtschaftungsplanung beteiligt werden.</p>
Piratenpartei		<p>Ramaswamy Zur Bewirtschaftung der Wälder haben die Piraten noch keine speziellen Beschlüsse gefasst. Transparenz in allen öffentlichen Entscheidungen ist jedoch eine der Grundforderungen der Piratenpartei und schließt natürlich auch den Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen ein.</p>

Wird die nächste Landesregierung ...



- ▶ sich glaubhaft für eine Energiewende, für mehr Klimaschutz und eine Lösung des Atommüllproblems einsetzen?
- ▶ eine ökologisch und bäuerlich strukturierte Landwirtschaft ohne Gentechnik verstärkt fördern?
- ▶ und den Meeres- und Waldschutz vorantreiben?

➔ Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace ist international, überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Mit gewaltfreien Aktionen kämpft Greenpeace für den Schutz der Lebensgrundlagen. Mehr als eine halbe Million Menschen in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt.